



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 11. Dezember 2017  
Kantonsratspräsidentin Vroni Thalman-Bieri

### **M 204 Motion Widmer Herbert und Mit. über die zeitnahe Durchführung einer Evaluation der politischen Kultur und Zusammenarbeit im Kanton Luzern / Staatskanzlei i. V. mit Finanzdepartement**

Der Regierungsrat beantragt Erheblicherklärung.  
Urs Brücker beantragt Ablehnung.  
Herbert Widmer hält an seiner Motion fest.

Urs Brücker: Die Motion fordert die Evaluation der politischen Kultur und der Zusammenarbeit im Kanton Luzern. Wie die Regierung ausführt, kann es bei der Evaluation nicht darum gehen, das Führungssystem mit all seinen Instrumenten – von der Kantonsstrategie über die Legislaturziele bis zum AFP und zu den Jahresberichten – zu hinterfragen. Das alles wurde schon x-mal evaluiert und 2005 sogar beim internationalen Speyerer Qualitätswettbewerb mit einem Preis ausgezeichnet. Daran gibt es also nichts zu rütteln, das hat sich bewährt. Demgegenüber führt der Motionär aus, dass eben auch bei den Planungs- und Führungsinstrumenten Handlungsbedarf besteht. Er führt dabei exemplarisch die zur Normalität gewordene Ablehnung des AFP ins Feld. Hier also bestünde bei der Auftragsdefinition zu einem solchen Evaluationsbericht dann schon noch etwas Handlungsbedarf. Ich glaube übrigens nicht, dass es die Planungs- und Führungsinstrumente sind, die Probleme machen, sondern das, was drinsteht. Aber dies scheint sekundär zu sein. Das wichtigste Ziel des Planungsberichtes ist, das in den letzten Jahren verloren gegangene Vertrauen zwischen den politischen Staatsebenen, innerhalb der Staatsebenen und zur Bevölkerung und zur Verwaltung wiederherzustellen. Die GLP glaubt nicht, dass man Vertrauen mit einem Planungsbericht schaffen kann, vor allem dann nicht, wenn zwischen den Akteuren fundamentale Unterschiede darüber bestehen, wohin denn die Reise gehen soll, vor allem finanzpolitisch gesehen. Da liegt nicht das Problem. Das Problem liegt wie richtig erkannt bei der Kultur und dem Vertrauen. Das Traurige ist eben nur, dass Kultur immer menschlich ist und Vertrauen ausschliesslich durch Taten geschaffen wird. Wir müssen an der Empathie, einer offenen Informationspolitik, einer fairen Kommunikation und an der Kompromissbereitschaft usw. arbeiten. Das kann man weder mit einem Wirkungsbericht noch mit einem Planungsbericht erreichen, auch wenn man dazu externe Evaluatoren beauftragt und eine Expertengruppe mit allen möglichen Stakeholdern zusammenstellt. Aufgrund der vielen Unterschriften und der Erheblicherklärung der Regierung muss man ja davon ausgehen, dass die Erstellung dieses mutmasslich sehr teuren Wirkungs- und Planungsberichtes Zustimmung finden wird. Ich bin sicher, dass, wenn dann das Werk vorliegt, die politische Kultur bei dessen Beratung schon einmal wieder auf eine harte Probe gestellt wird. Die GLP lehnt die Motion M 204 ab.

Herbert Widmer: Die Motion stammt von der Stabsgruppe der Geschäftsleitung (SG-GL), nicht von mir, das möchte ich festhalten. In unserem Kanton ist weder alles gut noch alles

schlecht. Im Kanton Luzern gibt es einiges zu verbessern, aber was genau? Wir sollten deshalb die Chance packen und alles verbessern, was nicht gut ist. Wir können nicht sicher sein, dass die verlangte Evaluation unsere Erwartungen ganz erfüllen wird. Aber die Situation verbessert sich nicht, indem wir einfach nichts tun. Wir wissen nicht, was zu tun wäre, wenn die Exekutive sich nicht an die Entscheide der Legislative hielte; wir haben zu wenig Übung darin. Die Beratung des AFP am letzten Dienstag hat gezeigt, dass wir an unserer Politikultur etwas ändern könnten. Wir können uns wohl nicht immer als gute Volksvertreter bezeichnen. Die Regierung schreibt in ihrer Stellungnahme, dass sie nicht noch einmal das Instrument prüfen wolle, sondern die politische Kultur und die Zusammenarbeit. Das finde ich richtig. Laut Philippe Mastronardi ist das Ziel unserer parlamentarischen Arbeit die Kultur von Konkordanz und Vertrauen zwischen Parlament, Regierung und Verwaltung. In unseren Voten wie auch in der Bevölkerungsumfrage wurde immer wieder auf das fehlende Vertrauen hingewiesen. Unser Parlament sucht oft nicht nach Konkordanz, sondern gibt sich der Ideologie hin. Aussagen wie „die Linken“ oder „die Rechtskonservativen“ zeigen, dass zwischen uns ein Graben besteht und die Konsensfindung fehlt. Das sollte Grund genug sein, die vorliegende Motion erheblich zu erklären. Wir müssen nicht darüber diskutieren, wie die Regierung die Motion umsetzen will. Es ist aber wichtig, dass das Parlament mit eingebunden wird. Es gibt viele Bereiche, die verbessert werden könnten: Information, Kommunikation, Zusammenarbeit, Aufgabe der Kommissionen, Leistungsaufträge, Gewaltenteilung, Berichterstattung usw. Noch etwas zur SG-GL: In dieser Stabsgruppe ist jede Fraktion mit einem engagierten Mitglied vertreten. Die SG-GL hat sich mit dieser Motion identifiziert, wir haben daran gefeilt und sie zusammen eingereicht. Bitte unterstützen Sie unsere Motion.

Beat Meister: Die SVP lehnt die Motion ab. Wir sehen in einer solchen Evaluation mit der Einsetzung eines Expertengremiums, mit einem Ergebnisbericht, einem Massnahmenbericht, einem daraus abgeleiteten Wirkungsbericht von der Regierung und zuletzt einem Planungsbericht mit Verbesserungsmassnahmen keinen Mehrwert. Es ist schwierig, den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern ein solches Vorgehen verständlich zu machen. Die Stimmberechtigten wissen, dass es sich bei der Politik um kein harmonisches Geschäft handelt. Die Erwartungen der Beteiligten gehen viel zu weit auseinander. Auffallend an der regierungsrätlichen Stellungnahme ist, wie sie praktisch in zwei Teile auseinanderfällt. Auf dreieinhalb von viereinhalb Seiten werden die politische Steuerung und Kontrolle durch die aktuellen Instrumente beschrieben und diese als solid und zweckmässig befunden. Es wird daher nicht als gewinnbringend erachtet, das Planungs- und Führungsinstrumentarium ein weiteres Mal zu prüfen. Man sieht keinen Anpassungsbedarf. Plötzlich tönt es aber in der Stellungnahme anders, und die Regierung ist bereit, die politische Kultur und die Zusammenarbeit zu prüfen. Sie schlägt dazu sogar eine externe Stelle vor. Der Grund für diesen Meinungsumschwung ist nicht ersichtlich. Es ist von fehlendem Vertrauen zwischen der Bevölkerung und den politischen Akteuren – Regierung, Verwaltung, Parlament – die Rede. Die Medien, welche oft Öl ins Feuer giessen, werden nicht erwähnt. Wenn es aber an Vertrauen fehlt, muss man mehr und vor allem früher informieren. Ein Expertengremium und eine Evaluation mit Berichten braucht es nicht.

Michael Töngi: Es zeigt sich tatsächlich ein gewisses Unwohlsein. Wie es der SVP-Sprecher erklärt hat, sind wir hier, um unsere verschiedenen politischen Meinungen zum Ausdruck zu bringen. Die Frage ist aber, wie das geschehen soll, in welchem Rahmen und mit welchen Instrumenten. Es ist kein Luxus, wenn wir uns mit diesen Fragen wieder einmal beschäftigen. Dazu braucht es aber eine Grundlage. Wir sehen in verschiedenen Bereichen Handlungsbedarf. Das Führen des Staates über Planungsberichte, die sich zum Teil aber widersprechen, scheint eine Frage zu sein, der man vertieft nachgehen sollte. Das hat auch mit der Widersprüchlichkeit des Parlaments und unseren Aussagen zu tun. Die Grüne Fraktion hat zu diesem Thema auch schon entsprechende Vorstösse eingereicht, die leider keine Mehrheit fanden. Die Grüne Fraktion stimmt der Motion zu.

Jörg Meyer: Die SP-Fraktion stimmt der Motion zu. Die letzte Evaluation hat vor über zwölf Jahren stattgefunden, deshalb ist es an der Zeit, etwas genauer hinzuschauen. Die

Stellungnahme der Regierung enthält ausführliche Informationen über die Instrumente, die gesetzlichen Grundlagen und die Abläufe. Es geht aber nicht per se um die inhaltliche Strategie des Kantons, sondern um die Politikultur, und hier ist einiges im Argen. Daher unterstützen wir eine vertiefte Überprüfung. Im schlimmsten Fall merken wir, dass wir blockiert sind und keinen Schritt weiterkommen. Nicht der Planungsbericht ist schlussendlich entscheidend, sondern der Prozess dazu. Wir sind trotzdem auch etwas skeptisch, was die geplante Umsetzung angeht, und wünschen uns ein schlankes und zeitnahes Vorgehen.

Priska Galliker: Die Motion fordert die Regierung auf, die Zusammenarbeit und die politische Kultur zwischen Regierung, Verwaltung, Parlament und Gemeinden zu evaluieren. Die heutigen politischen Strukturen sind mit der Umsetzung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WOF) im Jahr 2000 entstanden. Seither ist dieses System niemals tiefgreifend evaluiert worden. Bei guter Wetterlage war das auch nicht nötig. Jetzt, wo dunkle Wolken über dem Kanton und vor allem über dem Finanzhimmel hängen und wichtige Leistungen von der öffentlichen Hand nicht mehr erbracht werden können, kommen die Schwierigkeiten zwischen den verschiedenen Playern an den Tag, vor allem in der Kommunikation. Das Vertrauen fehlt. Die Gemeinden, aber auch die Bürger werden immer unzufriedener. Der Kanton ist kein zuverlässiger Partner mehr. Die Regierung schlägt in ihrer Stellungnahme eine Evaluation vor, und zwar von einer externen Firma. Das verursacht Kosten, ist aber im Sinn einer neutralen Aussensicht sinnvoll. Wenn es in Unternehmen zu Problemen kommt, wird oft eine Supervision durchgeführt. Vielleicht brauchen wir das auch. Die CVP begrüsst das Vorgehen und stimmt deshalb der Motion zu.

Urs Brücker: Ich bin der festen Überzeugung, dass Vertrauen nicht mit einem Planungsbericht geschaffen werden kann. Es geht ja nicht um die Führungsinstrumente, diese sollen beibehalten werden. Die Gesprächskultur wird durch einen solchen Planungsbericht nicht geändert werden können.

Hans Stutz: Vertrauen kann tatsächlich nicht einfach mit Berichten geschaffen werden. Vertrauen ist aber auch eine Frage der Strukturen, die wir unserer Arbeit geben. So sollte die Frage der Transparenz sowohl gegenüber dem Parlament als auch der Öffentlichkeit wieder einmal überprüft werden. Denken ist nach wie vor besser, als glauben. Wir sollten darüber nachdenken, was wir hier tun und wie wir es tun. Der Regierungsrat will nicht, dass über seine Planungs- und Führungsinstrumente nachgedacht wird. Der Regierungsrat überlässt es aber uns, über die politische Kultur in diesem Rat und unserem Kanton nachzudenken. In diesem Punkt hat der Regierungsrat recht. Was die politische Kultur betrifft, müssen wir tatsächlich über die Bücher gehen, so wie es die Motion auch verlangt. Wir sollten sogar ein wenig weiter gehen, als der Regierungsrat aufzeigt.

Giorgio Pardini: Ich habe nicht das Gefühl, dass das Vertrauen in dieses Parlament geschwunden ist. Das bestätigt auch die Wahlbeteiligung, die seit 30 Jahren immer etwa gleich ist. Es gilt aber auch zu bedenken, dass das heutige System nicht über alle Zweifel erhaben ist. Mit WOF hat man Anfang der 90er-Jahre begonnen, das Parlament aus einer Wirtschaftslogik zu betrachten. In den letzten 17 Jahren haben wir sehr viele Kompetenzen an die Regierung delegiert. Trotzdem, das Parlament funktioniert und das Volk kann immer mitentscheiden. In den letzten 15 Jahren haben die Bürgerlichen immer über die absolute Mehrheit verfügt. Der einzige Unterschied zwischen 2000 und heute ist, dass es damals zwischen der CVP und der SP in der Sozialpolitik noch eine kleine Schnittmenge gab, was heute nicht mehr der Fall ist. Das Problem liegt darin, dass wir seit 15 Jahren eine finanzpolitische Debatte führen. Diese Tatsache löst bei den Bürgerlichen möglicherweise ein Unbehagen aus. Wir sparen und sprechen immer nur über Leistungen. Vielleicht sollten wir darüber nachdenken, die Kompetenzen wieder vermehrt von der Regierung zurück in unseren Rat zu holen. Meiner Meinung nach braucht es keine Berichte. Schlussendlich hat das Volk diese Mehrheit zusammengesetzt, das müssen wir akzeptieren. Da die SP nicht mehr in der Regierung vertreten ist, kann auch nicht mehr von Konkordanz gesprochen werden. Wir sollten uns nichts vormachen, sondern zuerst die nächsten Wahlen abwarten. Das Volk soll darüber entscheiden, ob diese Politik gut war oder nicht. So sieht Demokratie eben aus.

Armin Hartmann: Ich lehne die Motion ab. Zugegeben, der Kanton Luzern befindet sich in einer schwierigen Situation wie alle anderen Kantone auch. Im Kanton Luzern wird einfach etwas mehr über die politische Kultur und die politische Zusammenarbeit gesprochen. Beides ist wichtig, beides scheint im Kanton Luzern ein Stück weit verloren gegangen zu sein. Die Motion projiziert aber ein falsches Bild. Der wirkliche Bruch hat zwischen der Bevölkerung und der Politik stattgefunden, was auch die Abstimmung über die Erhöhung des Steuerfusses bestätigt. Deshalb muss nicht die eigene politische Organisation hinterfragt werden, sondern es gilt den Bruch zwischen der Bevölkerung und der Politik zu kitten. Das politische Vertrauen fehlt, und dagegen müssen wir etwas tun. Dazu reichen aber weder Bevölkerungsumfragen noch Berichte. Ich kann mir jetzt schon vorstellen, wie die Beratung eines solchen Berichts aussehen wird. Wir werden uns gegenseitige Schuldzuweisungen machen, was uns aber überhaupt nicht weiterbringen wird. Ich bin der Überzeugung, dass wir die Talsohle durchschritten haben. Die Zusammenarbeit hat sich verbessert. So haben wir letzte Woche den AFP und das Budget mit einer Mehrheit von 80 Prozent überwiesen. Wann war dies das letzte Mal der Fall? Das ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, so müssen wir weiterfahren. Wir müssen uns zusammenraufen, dazu braucht es aber keine Berichte. Ein Bericht bindet viele Ressourcen und ist teuer. Zudem ist der Zeitpunkt falsch. Wir sind ein Stück weit finanzgesteuert, in diesem Punkt gebe ich den Linken recht. Ich möchte deshalb auch keinen Bericht mit einem finanzgesteuerten Ergebnis. Wenn es um Volksrechte geht, sind die Finanzen zwar auch wichtig, aber sicher sekundär. Optimierungen sind jederzeit zulässig, dazu braucht es aber keinen Bericht.

Herbert Widmer: Niemand will das Parlament umkrempeln. Die soziale Schnittmenge zwischen CVP und SP ist nicht so klein, wie es Giorgio Pardini in seiner ideologischen Äusserung erklärt hat. Gnade uns Gott, wenn nur die nächsten Wahlen darüber entscheiden sollen, was unser Parlament tun wird. Schuldzuweisungen, wie sie Armin Hartmann befürchtet, sind übrigens gar nicht erwünscht.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Es geht nicht darum, grundsätzlich alle Instrumente umzukrempeln, denn der Kanton Luzern verfügt über ein europaweit anerkanntes System. Es gibt den politischen Kreislauf, dessen Resultate politisch kontrolliert werden. Die Resultate des betrieblichen Kreislaufs werden ebenfalls mittels Zielvorgaben und Zielkontrolle geprüft, das geht hinunter bis auf Stufe Mitarbeiter. Der Kanton Luzern hat ein gutes System. Es ist aber immer wieder lohnenswert, ein System auf seine Richtigkeit zu überprüfen. Diese Überprüfung soll Gegenstand einer Arbeitsgruppe sein. Nehmen wir zum Beispiel den AFP. Vielleicht ist er in der jetzigen Form zu umfangreich. Es lohnt sich zu überlegen, ob wir nach wie vor mit den richtigen Instrumenten arbeiten und ob die Kompetenzen richtig verteilt sind. Deshalb schlägt die Regierung vor, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, in der alle Fraktionen, die Regierung und Mitglieder der Verwaltung vertreten sind. Diese Arbeitsgruppe kann über das weitere Vorgehen befinden, beispielsweise auch darüber, ob ein externer Bericht überhaupt notwendig ist. Das Parlament, die Regierung und die Verwaltung müssen zusammenarbeiten, aber weder das Parlament noch die Regierung oder die Verwaltung sind sich immer einig. Trotzdem gilt es einen gemeinsamen Weg zu finden. Seit ich in der Regierung vertreten bin, diskutieren wir immer wieder über Leistungen, aber nicht in der eigentlich geforderten Form. Auch das wäre ein Thema für die Arbeitsgruppe. Die Regierung ist der Motion gegenüber sehr positiv eingestellt. Ich bitte Sie, die Motion erheblich zu erklären, damit wir das weitere Vorgehen gemeinsam festlegen können.

Der Rat erklärt die Motion mit 66 zu 35 Stimmen erheblich.